



Sresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Curt Heinsius Kgl. Hof.
Dresden-N., **Kurfürstenstr.**,
Ecke Tieckstr., Postamt.-A.II.3100.
Mehrjährige Garantie.
Kostenlose Probe.
8 Mal prämiert, 30.000 St. in Funktion
Geräuschlose
Thürsehliesser
n. durch Luftentlastung, gewalts. Schließen verhindert.

□ [REDACTED]

Dresden, 1897



Gummi Asbest

Dichtungen, Stoffstückchen-Packungen, Schilder, Walzen, Klappen,
Wasserstandsglocken, Gelenk
liefern sofort

Gummifabrik Reinhart Leupolt, Dresden-A. Wertbericht 88
Telefon 213

Familien- Strohhut- Schneider- Schuhmacher- **Nähmaschinen** **H. Grossmann**, Nähmaschinenfabr., Chotitzer- strasse 26, Waisenhausstr. 5, Striesenerstr. 18.

MATTONI'S
GIESSHÜBLER
Kunst
Metallischer
SAUERBRUNN

Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Gleisach bei Puchstein b. Karlsbad.

Tiroler, bayrische und steirische Nationaltrachten

für **Costümfeste** empfiehlt in grösster Auswahl **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23**.

Mr. 47. Spiegel: Bürgerlicher Mobilisationszustand, deutsch-konservativer Parteitag, Hofnachrichten, Melanchthonieer, Inner-Zimmers, Schwurgleichperiode, Kreislicher Kriegsschauplatz, Gerichtsverhandlungen, Faderewski-Concert.

Dienstag, 16. Febr.

Politiques.

Bei großen Versammlungen, die am Freitag vergangener Woche gleichzeitig in Berlin stattgefunden haben, bringen durch ihre gegenseitige Wirkung die innerpolitische Entwicklungssphäre, in der wir uns augenblicklich befinden, in einer Form zum Ausdruck, die nicht einer gewissen Plakatcette entbehrt. Die beiden Kundgebungen erfolgten von freisinniger und von konservativer Seite. Die freisinnige Versammlung stand auch äußerlich schon unter einem verhöhnenden Zeichen, da sie im Potsdamer Viertel stattfand. Es wurde dort von bürgerlich radikaler Seite richtig „gepotsdamert“, wie man beim Militär zu sagen pflegt, d. h. es gab einen verunglückten Parademarsch mit krummen Knieen, während dessen die „Richtung“ auf den einen verschwommenen Gegenstand genommen wurde, dessen Anblick zur Zeit alle freisinnigen Gemüther aus der Contenance bringt: die ebenso wie das per se unumstößliche Einigung aller liberalen Elemente“. Da eine strenge „Richtung“ nur möglich ist, wenn sie nach einem festen, unverrückbaren Ziele erfolgt, so kann es nicht Wunder nehmen, daß die freisinnige Parade lädiert wurde. Vor Allem war es der Schweizer Uribjardist Eugen Richter, der die freisinnige Versammlung in Potsdam als „die Ent-“

besonders eindrückliches Moment der Berliner Verhandlungen zu bezeichnen, daß der Hauptredner, Abg. Dr. Heidebrand v. d. Voss, von einer einseitigen Beurtheilung der Situation zu Gunsten der engen conservativen Partei-politik vollständig absch. Er erklärte vielmehr ausdrücklich, die conservative Partei bevorzuge weder das Junkerthum noch das Bürgerthum, weder die Landwirthschaft noch die Industrie, sondern sie trete für alle gleichmäig ein. "Die conservative Partei," sagte der Redner u. A., "mein genau, daß die Landwirthschaft ohne die Industrie nicht bestehen kann. Sie will dem Mittelstand eine genügende Existenz schaffen und der ethischen Arbeit ihres Lohns fröhnen. Darauf ruht das Wohl und Wehe des Staats; das ist conservativ, das ist sozial, das hat eine Zukunft." Der conservative Abgeordnete gab sodann eine Rechtfertigung der Trennung von den Christlich-Sozialen, die von der conservativen Partei vollzogen worden ist, und wendete sich ihnen gegen den sogenannten nationalen Sozialismus. In der christlich-sozialen Bewegung bewölkete er namentlich die einseitige Herabhebung und Bevorzugung des Arbeitersstands, indem er darauf hinwies, daß der kleine Beamte, der Stellenbesitzer oft schlechter ständen als der Arbeiter. In der That beziehen namentlich die höheren Industriearbeiter durchschnittliche Einkommen, hinter denen die wirtschaftliche Lage eines großen Theils der vorgedachten Erwerbsgruppen weit zurücksteht. Es ist daher ein vollkommen unterscheidender Gesichtspunkt, den der conservative Redner mit den Worten bezeichnete, daß man die Arbeit im Ganzen heben müsse, aber nicht bloß die Lohnarbeit im engen Sinne.

einer Institutionierung sei ein Rekruit gejagt worden, wodurch er höre, wenn er höre, wie ein Civilist eine Militärschleidigung begehe. Auf die Antwort, er zeige den Raum an, sei ihm gezeigt worden, nein. Da zieht die Pleite und schlägt ihm den Schädel ein. Weiter unterrichtet Riedner das Urtheil Bebel's und weist die Begründung der mitsündenden Umstände einer abschlägigen Kritik. Sachlicher Militärbewollmächtigter Graf Bismarck v. Eichstädt widerholt den Behauptungen Bebel's in Bezug auf die sächsische Armee. Die Soldaten würden hier nur gewandt sozialdemokratische Gefügung zu bestätigen. Mit dem vom Abg. Bebel erwähnten Fällen in der sächsischen Armee verhalte es sich wesentlich anders, wie Riedner des Naheren darlegt. — Kriegsminister v. Goettsch weist an den Sätzen der Bestrafungen in den einzelnen Armeecorps nach, dass die Ausbildung der Soldaten vielfach große Schwierigkeiten habe. Bebel führt die angeblich schlechte Behandlung in der Armee aus das Junkerthum zurück. 60 bis 70 Prozent der Offiziere aber seien bürgerlich. Das Material über die verschiedenen von Bebel erwähnten Selbstmordfälle würden geprüft werden, wenn Bebel die von ihm verlesenen Briefe zur Verfügung stelle. Auch bezüglich des Hauptmanns in Ulmreis wolle er Bebel anhören, geben ihm die Zeugen, die diese Beichtimpfung gehört haben, wollen anzuzeigen. Den Fall Büntow, wonach man doch endlich in Dunkelheit. Aus der Begründung des Urtheils ergab sich jedenfalls, dass Antlat zu mitsündenden Umständen vorgezogen habe. Neben dieser Frage der Politik in der Armee wolle er sich nicht nochmals ausschaffen; sozialdemokratische Politik werde jedenfalls in der Armee nicht erledigt werden und zwar, weil die Sozialdemokraten nicht

Berndtshausen und Berndtshausen-Bericht vom 15. Februar

Athen. (Habab-Wiedlung.) Die noch Areia entzündliche griechische Truppen-Abtheilung ging heute bei Plataniás höchst

Dondon. Im Unterhause erklärte Curzon, England bleibe bei seiner bisherigen Haltung, indem es mit den übrigen Mächten zusammengehe und gemeinschaftlich handle. Die Seemächte seien angewiesen, nicht isolirt, sondern mit den Offizieren der übrigen

Mächte gemeinsam vorzugehen.
 * **Kanea**, 1 Uhr 50 Min. Abends. (Neuer-Meldung.) Die gemüthete Eßputation Rangos durch die Truppen der Mächte vollzieht sich soeben. Es bereicht allgemeine Verteidigung.
 * **London**. (Neuter-Meldung aus Kanea.) Die europäischen Stützenbefehlshaber überwandten angefischt des offensichtlichen Entschlusses seitens der griechischen Arzegeschie, die Wünsche der Mächte zu mißachten, dem griechischen Kommandeur eine Note, welche ihn aufordert, die Bestimmungen des Neutralitäts-

Partie. Nach einer Blättermeldung aus Tonkin wurden das Panzerchiff "Devastation" und drei Kreuzer beordert, sich mit

Berlin. Die Vorstellungen, welche am Sonntag die Vertreter sämmtlicher Großmächte in Athen unter Hinweis auf die aus der völkerrechtswidrigen Haltung Griechenlands für den europäischen Frieden sich ergebenden Gefahren gemacht haben, sind von dem griechischen Minister des Aussehens mit der Erwidernung beantwortet worden, daß Griechenland Kreta beisehen werde. Nach diesem Vorgange erachtet es die sovielstrebige deutsche Regierung zunächst nicht mehr ihrer Weise entsprechend, weitere diplomatische Schritte in Athen zu thun. Nach vorher erfolgtem Meinungs-an-tausch mit den Kabinetten der übrigen Großmächte erhält der Kommandant des Kreuzers „Kaiserin Augusta“, der in den nächsten Tagen von Kanoe eintrifft, den Befehl, im Einvernehmen mit den kommandirenden Offizieren der übrigen in den kretischen Gewässern versammelten Seestreitkräfte der Großmächte jeden feindlichen Alt-Griechenlands zu verhindern und außerdem zur Wiederherstellung der Ordnung und Vermeidung weiteren Blutvergießens schriftlich

Berlin. Reichstag. Die Verhandlung des Militärfats wird fortgesetzt. Abg. Bebel (soz.): Für die Behauptung des Kriegsministers, betreffend eine Zunahme der Verbrechen und Vergehen in der Armee im Zusammenhang mit der Ausbreitung der Sozialdemokratie fehlt jeder Beweis. Wenn überhaupt die Verbrechen zugemessen haben, so liegt das an den ganzen sozialen Verhältnissen, der Schwierigkeit des Erwerbs, der Unmöglichkeit,

Verhältnissen, der Schwierigkeit des Gewerbes, der Unmöglichkeit für die mit Arbeit überlasteten Arbeiter, sich mit der Erziehung ihrer Kinder zu beschäftigen. Wo die Sozialdemokratie am meisten verbreitet ist, da ist die Moral die gesündeste. Was würden die Nationalliberalen sagen, wenn ich behaupten wollte, die große Zahl der schweren Arbeitsverletzungen im linksdeutschen Bayern röhre daher, daß dort die Nationalliberalen ihre meisten Anhänger haben oder wenn ich Aehnliches bezüglich des Centrums und des übrigen Bayerns sagen wollte. Den Großen Roon, der die Sozialdemokraten am liebsten vom Reichstag ausschließen möchte, erinnere ich daran, daß sein Gemahlt Herr Bismarck das allgemeine Wahlrecht einführete, weil er sonst für das Reich nicht einmal in Norddeutschland, gleichweise denn in Süddeutschland Sympathien gefunden hätte. Redner verbreitet sich dann weiter über zwei Selbstmordfälle, welche er auf Mordhandlungen zurückführt, und über die Neuerungen eines hanseatischen Offiziers, der von den Sozialdemokraten als von Pumpen gesprochen und hinzugefügt habe, sollte einer von den Herren unter Euch sein, so hoffe ich, daß Ihr denselben Abscheu vor ihm haben werdet wie ich. In

aus dem Boden der Reichsgegabung hießen. — Abg. Gen. Noom-Lom. erwidert dem Abg. Bebel, er wünsche allerdings die Sozialdemokraten nicht mehr im Reichstage zu sehen. Ueber das Wahlrecht wolle er nicht reden, aber als Konservativer, als Freund des Autoritäts in der Gegenfah zu Majorität könne er das bestehende Reichstagrecht doch nicht schön nennen. Sicherlich hätten die Unser mehr dazu beigetragen, Preußen groß zu machen, als das allgemeine Wahlrecht. Solche Reden, wie sie hier gegen die Rumei gehalten würden, würden nicht eher aufhören, bis der Redner zwingendlich vernommen würden, um ihre Gewissenslast zu nennen. — Abg. v. Stumm (Reichs.) stellt ans den sozialdemokratischen Aufforderungen fest, daß die Sozialdemokratie den Kleinod zulasse, wenn auch nicht gerade bertheitliche und wenden sich dann gegen Stöder, der im vorjährigen Abgeordnetenkamre bez. in der Angelegenheit Vedert-Ullrich andauernd zu verlaufen vorfahre. Die Behauptung, daß er sich durch Ledert-Affair ausdrückte gegen Stöder habe kannnen lassen, sei eine reine Verleumdung. — Abg. Bebel (Soz.): So scharf wie Gen. Noom habe sich noch kein Konservativer als Gegner des allgemeinen Stimmrechts bekannt. Dann solle es aber auch Gen. Stöder unter seiner Würde halten, sich wählen zu lassen und sich hierher zu stellen. Hörerlich würden es die Wähler des Staates das nächste Mal unter ihrer Würde halten, ihn wieder zu wählen. — Abg. Ullrich (Soz.) bezeichnet das Kontinenteiche als ein Unwesen, welches die kleinen Gewerbetreibenden schwer schädigt und beschreut sich dann darüber, wie die Militärdiize ihren Betrieb aufhielten. Ein Rekent habe ein Atmen beigebracht, daß er am Gallenstein leide, trotzdem sei er eingezogen worden und nicht lange darauf in Lazarett gestorben. Aus seinem Briefe gebe hervor, daß er wegen der ihm gewordenen Behandlung längst tot, so lange, bis er nicht mehr konnte. — Kriegsminister v. Goßler sagt Untersuchung des Falles zu. — Das Schrift des preußischen Kriegsministers nicht bewilligt. — Bei dem Kapitel „Militärdienstleistungen“ wohntlich Abg. Dr. Lügens (Genz.) würdige Vorbereitung der Befreiungen, fessionelle Scheldung der Rekruten bei der Vorbereitung, weiter Ausdehnung der Sonntagsheiligung mit Rückicht auf die katholischen Soldaten u. s. w. — Minister v. Goßler steht fest, daß die Entwurf einer neuen Militärdienstordnung in Ausarbeitung ist, hinsichtlich der Ermittlung von katholischen Militärdienstboten sowie wegen der Verkehrsordnung, wobei es sich hauptsächlich um das Verbrechen vor der Ehe, wie die Kinder erzeugt werden sollen, handelt, sei in Verhandlungen mit der Rumei eingetreten worden, ein Entschied stehe aber noch aus. — Bei dem Kapitel „Militärdienst-Verwaltung“ vertheidigt sich Abg. Lubner (soz.) über einige Fälle von zu hoher Beurteilung von Soldaten im Gegenfah dazu seien in der Regel die Straßen der Offiziere sehr mild. Redner wird vom Präsidenten zur Todium gerufen, weil er einen Offizier mit Namensnennung schwerer fiktischer Vergehen bezichtigt habe, ohne einen Beweis darüber zu erbringen. — Generaldirektor Ottendorf verneint die Militärdienst gegen den Vorwurf der Parteilichkeit. — Das Kapitel „Militärdienst“ wird genehmigt. — Weitschaffung abgelehnt.

Berlin. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe fand hente, wie in Bonnheue, im Steinbau des Claus Bauch unter lebhafter Theilnahme statt. Es mochten wohl gegen 4000 Landwirthe zugegen sein. Die deutschen Landwirthe waren in allen Abstammungen vertreten, vom Greizgrundbauer an bis zum schlichten Bauer. Von Parlamentariern waren anwesend die Herren Graf Wirsbach, Mingo-Dissel, v. Mendel-Steinels, Freiherr v. Steinenhausen und Andere mehr. Der Berliner Innungsmeister hatte 6 Sprecher zu der Versammlung delegirt. Gegen 1 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende v. Pötsch Tüllingen die Versammlung mit einer längeren Ansprache, in welcher er u. a. sagte: Die Erfolge des Bundes sind innerlich in noch keiner geringen Gewissenlosigkeit, als von einer Befreiung der Landwirtschaftlichen Verhältnisse fast keine Rede ist. Den einen sehr großen Vortheil haben wir aber bereits errungen, doch überall steht der vorhandene hauptsächliche Notstand der Landwirtschaft anerkannt wird und dass die Regierungen bemüht sind, Mittel und Wege zu finden, die diesen Notstand abzuschaffen und wenn möglich beseitigen können. Von Altersherditer Seite haben wir klar und deutlich gehört, dass unser Altersherditer Herr und Kaiser helfen will und helfen wird, das ihm uns unendlich viel mehr werth ist, als die Erfahrung der Fehler der Regierungen, welche auch die Bereitswilligkeit erklärten, zu rätseln, aber leider trotzdem nichts Besonders gehabt haben, um ihre Versprechungen einzulösen. Wir lieben aber Gott sei Dank in einem monarchischen Staate und die Nachkriegerzeit des Kaisers und seiner holden Bundesgenossen steht noch so fest und unverrückbar da, dass dieser auf das Wohl des Vaterlandes gesicherte Wille zur Geltung kommen wird und muss. Was ist denn geschehen, seitdem dies Kaisergesetz gebracht wurde, das der Landwirtschaft geholfen werden müsse? So gut wie nichts! Wie findet durch den Zusammenschluss der Landwirtschaft dazu berufen, eine gegen bringende Gerechtigung vorzubereiten und durch Wort und Schrift darauf hin zu arbeiten, das wir bei den Abgeordneten des Reichstags eine geschlossene Meinheit bekommen, welche für die zurückgedrängte Landwirtschaft, für die gesammelten Mittelstände, mit vollster Energie einzutreten willend ist. Wir wollen keine eins-